

"Die Revolution in Deutschland wird von Borna ausgehen"

Eine sächsische Kleinstadt und ein Nazizentrums neuen Typs

Er platzte fast vor Stolz aus allen Nähten, als er, dezent einen Schritt im Hintergrund, in unmittelbarer Nähe seiner ganz in rot gekleideten Chefin stand, die am Mikro die fast 200 Gäste auf ihrem Anwesen begrüßte. Noch knapp drei Jahre zuvor hatte er weniger Grund zum Strahlen gehabt. Damals suchte der studierte Militärgeschichtswissenschaftler dringend einen neuen Job. Sein bisheriger Chef, der Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, war erst nach einer antisemitischen Rede aus der CDU ausgeschlossen worden und dann in seinem bisherigen Wahlkreis Fulda nicht erneut nominiert worden. Erwartungsgemäß scheiterte er bei der Bundestagswahl im Herbst 2005 mit seiner Kandidatur als unabhängiger Kandidat. Peter Hild war arbeitslos. Und wer nimmt schon einen Militärgeschichtswissenschaftler, der zwar ein Bundesverdienstkreuz, jedoch keinerlei Berufserfahrung vorweisen kann? Sein bisheriger Arbeitgeber konnte wohl kaum als positive Referenz gelten.

Wie so oft halfen auch hier Beziehungen. Sein vormaliger Chef Martin Hohmann hatte umfangreiche Schützenhilfe von rechts und ganz rechts erhalten. Zu denen, die ihm zur Seite gesprungen waren, gehörte auch der emeritierte Professor der Betriebswirtschaft Bernhard Bellinger (Berlin, *1920). Zu diesem Zweck hatte er im Kolb-Verlag den Band „Wir Deutsche sind kein ‚Tätervolk‘ - Solidarität mit Martin Hohmann MdB“ veröffentlicht. Man kannte sich also. Da traf es sich gut, dass bei Bellinger Ursula Haverbeck-Wetzel, Gründerin und langjährige Vorsitzende des „Vereins Gedächtnisstätte e.V.“, nachfragte, ob er nicht eine geeignete Person als wissenschaftlichen Leiter für das neue Anwesen ihres Vereins kenne. Die Bekanntschaft der alten Dame (*1928) und des alten Herrn ist nicht zufällig. Sie hatte 1992 den „Verein Gedächtnisstätte“ ins Leben gerufen, dessen Ziel gemäß Satzung lautet: *„Der Verein will eine würdige Gedächtnisstätte für die Opfer des zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern einrichten. Er arbeitet mit Verbänden und Vereinen ähnlicher Zielsetzung zusammen, um ein angemessenes Denkmal mit angeschlossener Dokumentation zu errichten.“* Er wiederum betätigt sich nicht nur in seinem Fach, der Betriebswirtschaftslehre, sondern hat in seiner Kanzlei als Steuerberater auch noch einen „Arbeitsbereich Historische Forschung“ etabliert. Als ein Forschungsergebnis präsentiert er auf seiner Homepage: *„Bei den deutschen Kriegsoffizieren des Zweiten Weltkrieges und danach, insbesondere bei den Kriegsverbrechen der Siegermächte im Zweiten Weltkrieg und danach handelt es sich um Ereignisse, die in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind. Dies lag insbesondere daran, dass das Kriegs- und Besatzungsrecht der Alliierten von 1945 bis 1990 weitgehend deutsche wissenschaftliche Forschungen auf dem Gebiet solcher Kriegsverbrechen verhinderte.“* Die Positionen ähneln sich also. Es handelt sich um die angestrebte Revision des Geschichtsbildes, um die Umdeutung der Deutschen von Tätern zu Opfern. Deshalb antwortete der Professor der *„sehr verehrte(n), liebe(n) Frau Haverbeck“* am 23. September 2005, dass ihm als Mitarbeiter an erster Stelle Herr Peter Hild einfalle. Dessen Adresse in Potsdam und der „Fernruf“ folgen unmittelbar.

Und so stand Peter Hild nun am 9. August 2008 in Borna, wo in der Röthaer Straße der „Verein Gedächtnisstätte e.V.“ nach langer vergeblicher Suche nach geeigneten Räumlichkeiten und immer neuen Widrigkeiten endlich sein Domizil gefunden hatte. Er war angetreten, einen der Seinen zu ehren. Hajo Herrmann, ehemaliger Vertrauter Hermann Görings und in der

Nazi-Zeit zuletzt Inspekteur der Luftverteidigung des Reiches, feierte seinen 95. Geburtstag. Der rüstige Greis arbeitet noch heute als Rechtsanwalt in Düsseldorf. Immer wieder verteidigt er Holocaust-Leugner und Neonazis. Bei den extremen Rechten aller Couleur gilt er als Ikone. Die „Gesellschaft für freie Publizistik“, eine wichtige überparteiliche Organisation der

extremen Rechten, verlieh ihm im April 2004 ihren Hutten-Preis. Die NPD lud ihn immer wieder als Redner, ebenso willkommen ist er bei Burschenschaften.



Hajo Herrmann gemeinsam mit dem Geschichtsrevisionisten Günter Kögel (Remscheid)

Sein Erinnerungsband „Bewegtes Leben. Kampf- und Jagdflieger 1935 - 1945“ erschien 2007 in zweiter Auflage im

Universitas-Verlag des rechten Verlegers Herbert Fleißner, der wiederum im Jahr 2008 den Hutten-Preis der besagten „Gesellschaft für freie Publizistik“ entgegennehmen konnte. Man kennt sich in diesen Kreisen und begegnet sich immer wieder. So war der Jubilar Hajo Herrmann nicht nur am 23. Mai 1992 einer der elf Gründer des „Vereins Gedächtnisstätte“ und kennt als Mitglied Peter Hild, sondern er, dem im Oktober 1940 das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz mit Eichenlaub und Schwertern verliehen wurde, ist selbstverständlich auch Mitglied der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e.V.“. Dessen Mitglied wiederum ist Peter Hild ebenfalls. Ungewöhnlich für jemanden, der im Jahr 1971 geboren wurde und der deshalb den II. Weltkrieg nur aus Büchern, Filmen und vom Hörensagen kennen kann. Trotzdem weist ihn das Mitgliederverzeichnis des Verbandes (Stand: 31. August 1998) als Vollmitglied aus. Er gehört zum „Förderkreis der Tradition des Eisernen Kreuzes“.

Es ist ein Traditionsverständnis spezieller Art, für das der junge Militärgeschichtler steht. Betätigte sich Hild zunächst für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und erhielt „für seine überragenden Verdienste auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge“ den Verdienstorden der Bundesrepublik, so radikalisierte er sich schnell. Ende 1997 schrieb er für die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“, 1998 folgten Beiträge in den einschlägigen Zeitschriften „Soldat im Volk“, „Deutsche Militärzeitschrift“ und nicht zuletzt im „Freiwilligen“, dem Organ der HIAG, dem Verband der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS. Im gleichen Jahr sprach er in Koblenz beim Jahrestreffen der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“. Hild macht keineswegs einen Hehl aus seinen Positionen. Zu den von ihm verehrten Ritterkreuzträgern schreibt er: *„Jenen unter diesen (Soldaten; K.K.), die ihre Knochen in der Pflichterfüllung für ihr Vaterland hinboten, vielfach verwundet und gefallen sind oder als Überlebende des Infernos Vorbildhaftes bei der Wiedererstehung der drei deutschen Nachkriegsstaaten leisteten (in Militär, Politik, Wirtschaft und Kultur), die sich auch versöhnungsbereit gegenüber dem früheren Gegner zeigten und den Frieden in unserem Vaterland aktiv gestalteten, gehört unsere aufrichtige Hochachtung.“* So Hild in einem Beitrag zum 50jährigen Bestehen der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ („Das Ritterkreuz“, 3/04, S.22). Erst 1954 nämlich konnte der Verband gegründet werden. Bis dahin waren in der alten Bundesrepublik militaristische Organisationen durch die Alliierten untersagt. Folgen wir Hild, so ging es im II. Weltkrieg um das „Vaterland“ und nicht um die Expansionsgelüste der Nazis. Verräterisch der Ausdruck von den „drei deutschen Nachkriegsstaaten“. Ja, auch Österreich ist für ihn – wie für die gesamte extreme Rechte - Teil Deutschlands. Als „Leistung“ würdigt er ausdrücklich, wenn sich jene, die für ihre Teilnahme und besonderen Tatendrang bei den Überfällen auf andere Länder ausgezeichnet worden waren, *„versöhnungsbereit gegenüber dem früheren Gegner zeigten“*. Ist nicht vielmehr Versöhnungsbereitschaft eine edle Geste bei jenen, denen Unrecht geschehen ist? Für ihn ist die Mitgliedschaft im Traditionsverband *„eine höhere Ehre als die seinerzeitige Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz durch unseren Bundespräsidenten“*.

(ebd.) Deutlicher kann man eigentlich die eigene politische Position nicht zum Ausdruck bringen.



„Der Freiwillige“: Die Zeitschrift der ehemaligen Waffen-SS

Im SS-Organ „Der Freiwillige“ (4/97) schreibt er über die Ausstellung des Reemtsma-Instituts zu Verbrechen der Nazi-Wehrmacht im Osten, diese verfolge „*hintergründige und dunkle Absichten*“. „*In 15 Städten wurde die Ausstellung protegiert und heuchlerische Politiker aller Richtungen hofieren den linken Agitprop*“, urteilt er und schreibt weiter: „*Unrecht wird zu Recht und Manipulationen werden betrieben. Wahrheit, die nicht in das Konzept von Hass und Verleumdung gegen deutsche Soldaten - gleich welcher Generation - passt, wird unterdrückt.*“ Die Ausstellung, so fasst er zusammen, verstoße gegen Artikel 1 des Grundgesetzes sowie gegen mehrere Paragraphen des Strafgesetzbuches.

Ein Mann mit dieser Einstellung, so erkannte Ursula Haverbeck schnell, war der Geeignete als „wissenschaftlicher Leiter“ der geplanten „Gedächtnisstätte“ in Borna. Zwar war Haverbeck seit der Mitgliederversammlung des Vereins 2003 nicht mehr dessen Vorsitzende, sondern fungierte lediglich noch als stellvertretende Kassenprüferin, doch war ihr Einfluss offenbar ungebrochen. Peter Hild bekam seine Anstellung.

Zu seinen Aufgaben gehörte offenbar auch die Organisation der Geburtstagsfeier von Hajo Herrmann, dem Gründungsmitglied des Vereins Gedächtnisstätte. Dieser Verein wird vom sächsischen Innenminister noch immer als nicht rechtsextrem eingestuft. Auf die Frage des Landtagsabgeordneten Klaus Baier (ehemals NPD, jetzt DSU), ob es sich beim „Verein Gedächtnisstätte e.V.“ um eine rechtsextremistische Organisation handele, antwortete Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo am 20. März 2007 lapidar mit „Nein“ (Drs.-Nr. 4/8052). An dieser Einschätzung kommen bereits beim Blick auf die Gründungsmitglieder starke Zweifel.

Neben Haverbeck-Wetzel und Herrmann taucht dort nämlich auch das Ehepaar Ursula und Uwe Stolle auf, beide alte Bekannte aus der Szene der extremen Rechten. Der Diplom-Kaufmann Uwe Stolle (Nienburg) war Vorsitzender des im Juli 1962 verbotenen Bundes Vaterländischer Jugend. Beide können auf eine lange Tätigkeit für die revanchistische „Gemeinschaft Deutscher Osten“ (GDO) zurückblicken, die vom Fortbestand des Deutschen Reiches ausgeht. Seit dem Ausschluss von Ursula und Uwe Stolle aus der GDO, die beiden waren zu diesem Zeitpunkt Schriftführerin bzw. stellvertretender Präsident der „Nationalversammlung des Deutschen Ostens“ (NDO), einer Art selbsternannter Exilregierung der ehemaligen deutschen Ostgebiete, gibt es diese gleich zweifach. Die Nienburger GDO wird von Uwe Stolle als Vorsitzendem und Ursula Stolle als Geschäftsführerin geleitet. Für ihren Verein warb die Stolle-GDO sogar mit einer Beilage in der „Deutschen Stimme“, der Monatszeitung der neofaschistischen NPD. In deren damaliger Wochenzeitung, den „Deutschen Nachrichten“, suchte Uwe Stolle 1971 nach Zeugen für eine Auseinandersetzung mit der Polizei in Helmstedt. Stolle hatte dort am 17. Juni 1971 an einer Versammlung der neofaschistischen „Aktion Widerstand“ (Parolen u.a. „Willy Brandt - an die Wand“ und „Fegt ihn

weg, den roten Dreck“) teilnehmen wollen, die an der Grenze zur damaligen DDR stattfinden sollte. Die Kundgebung war jedoch zwischenzeitlich verboten worden.

Ursula Stolle wiederum fungiert noch heute als Kontaktperson für die Heimatgruppe Niederschlesien e.V. im CDU-nahen Bund der Vertriebenen im heimatlichen Kreis Nienburg in Niedersachsen. Es ist durchaus typisch für den gesamten „Verein Gedächtnisstätte“, dass sich die Mitglieder zugleich in radikaleren Gruppierungen am rechten Rand des Vertriebenenspektrums betätigen wie auch in der gemäßigeren Großorganisation Bund der Vertriebenen.



Der thüringische Vertriebenenfunktionär Dr. Paul Latussek

Die Verkörperung dieses politischen Spagats, mit dem der Bund der Vertriebenen weiter nach rechts gedrückt werden soll, ist ein weiterer Geburtstagsgast Hajo Herrmanns, der ehemalige Dozent an der Technischen Hochschule Ilmenau und frühere Volkskammerabgeordnete Dr. Paul Latussek, der es im Bund der Vertriebenen bis zum Vizepräsidenten und zum Landesvorsitzenden Thüringen gebracht

hatte. Noch heute ist er in diesem Bundesland Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.

Dies obwohl er wiederholt für zahlreiche Zeitschriften der extremen Rechten schrieb und bei verschiedenen Organisationen dieses Spektrums als Referent auftrat. Zu einem ersten großen Eklat um ihn kam es im Mai 2000. Er hatte am 16. Mai im Thüringer Landtag ein Flugblatt mit dem Titel „Was jeder Deutsche wissen sollte“ verteilt. Darin beklagte er unter anderem eine „*willkürliche Verschiebung der deutschen Ostgrenze an die Oder und Neiße*“, weil dies einen „*Gebietsverlust des Gebietes des Deutschen Reiches*“ bedeutet habe. Außerdem warf er Polen und Tschechien eine „*Misshandlung von Kindern und Jugendlichen bei der Zwangspolonisierung und Zwangstschechisierung*“ vor und schrieb vom „*Völkermord an den ostdeutschen Stämmen*“. Von dem Flugblatt, das nach dem Empfinden der allermeisten Abgeordneten einen „*deutschtümelnden und geschichtsverfälschenden*“ Inhalt hatte, wollte sich Latussek nicht distanzieren. Bei einer Tagung des BdV in Arnstadt am 9. November 2001 schließlich sprach er gegenüber Journalisten von den „Lügen“ bezüglich Auschwitz und führte wörtlich aus: „*In Auschwitz gab es offensichtlich keine 6 Millionen Opfer, sondern, wie ich in Polen erfahren habe, sind 930.000 nachgewiesen. Dabei geht es nicht um die Relativierung des Verbrechens, sondern um die geschichtliche Wahrheit.*“ Die Folge war eine Verurteilung wegen Volksverhetzung.

Das Ehepaar Stolle hat engen Kontakt zu dem Österreicher Raimund Bachmann, der seit mehreren Jahren das Schloss Noschkowitz bei Waldheim besitzt. Der ehemalige Landesschatzmeister der NDP, der österreichischen Schwesterpartei der NPD, soll nach Aussagen von Fachleuten seither seine Räume wiederholt für Treffen von Alt- und Neonazis, so der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) oder der neuheidnischen Artgemeinschaft des stellvertretenden NPD-Vorsitzenden Jürgen Rieger, zur Verfügung gestellt haben. Ursprünglich war einmal angedacht gewesen, die heute in Borna bestehende „Gedächtnisstätte“ auf seinem Schloss anzusiedeln, doch die Verhandlungen dazu zerschlugen sich, da der Schlossherr selbst seinen Gesinnungskameraden zu windig erschien. Besonders der Solinger Bauunternehmer Günter Kissel (*1916), eine wichtige Person im Bereich der extremen Rechten

und der Holocaustleugner, riet nach einem Besuch auf Schloss Noschkowitz dringend von einer Zusammenarbeit ab. Kissel ist seit 2003 Vorstandsmitglied des „Vereins Gedächtnisstätte“.

Während Kissel im Februar 2003 in den Vorstand nachrückte, schied ein Gründungsmitglied des Vereins zu diesem Zeitpunkt aus dem Gremium aus. Theodor Schmidt-Kaler (Witten, *1930) ist emeritierter Professor der Astronomie und lehrte an der Universität Bochum. Außerhalb der Fachöffentlichkeit wurde er 1981 als einer der Erstunterzeichner des rassistischen „Heidelberger Manifests“ bundesweit bekannt, das für die Argumentation der extremen Rechten gegen Einwanderer eine zentrale Stellung erhalten sollte und deren bisherige eher plumpe und offen biologistische Form durch eine wissenschaftliche Ausdrucksweise zu ersetzen suchte. Neben einer Reihe weiterer Professoren gehörte auch Werner Georg Haverbeck, der inzwischen verstorbene Mann Ursula Haverbeck-Wetzels, zu den Unterzeichnern des „Heidelberger Manifests“. Auch hier reicht die Bekanntschaft also lange zurück. Aus diesem Aufruf ging ein Verein hervor, der „Schutzbund für das deutsche Volk“ (SDV) mit Sitz in München. Dort spielt Schmidt-Kaler ebenfalls eine zentrale Rolle. So sprach er 2006 in Fulda bei der Jubiläumsveranstaltung dieser Gruppierung zum 25jährigen Bestehen. Schmidt-Kaler rief in seiner Rede u.a. zur Unterstützung des Vereins „Gedächtnisstätte“ im Borna auf. Der SDV, der u.a. „Rückführung statt Einwanderung“ und ein „Repatriierungsgesetz“ für in der Bundesrepublik lebende Ausländer fordert, hat nach eigenen Angaben rund 1000 Mitglieder und Interessenten. In den vergangenen 25 Jahren will er etwa 4,5 Millionen Flugschriften und Rundbriefe verbreitet haben. Die aktuelle Vorsitzende des Vereins, Heilwig Holland (Ochsenhausen, *1941), ein ehemaliges Landesvorstandsmitglied der REPublikaner in Baden-Württemberg, erklärte bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung in Ulm: *„Mein Besuch der Gedenkstätte Borna und meine Teilnahme am sehr beeindruckenden Trauermarsch (10 000 meist junge Teilnehmer) anlässlich der Zerstörung Dresdens vor 63 Jahren gaben hinreichend Gelegenheit, das deutschfeindliche Treiben der Presse zu beobachten.“*

Dies mag zur Charakterisierung jener, die die Gruppe mit dem unverfänglichen Namen „Verein Gedächtnisstätte“ gegründet haben und leiten sowie ihres Umfeldes, genügen. Je intensiver man gräbt, auf desto mehr Namen mit Rang und Klang in der extremen Rechten stößt man. Man gewinnt den Eindruck eines Spinnennetzes, dessen Zentrum in Borna angesiedelt ist. Einige wenige Namen sind es, die dem Unternehmen einen seriösen Anstrich geben sollen. So wird der Verein inzwischen durch Alexander von Stahl (FDP), den ehemaligen Generalbundesanwalt, juristisch vertreten. Als weiteres Vorstandsmitglied fungiert seit 2003 Dr. Albrecht Jebens (Uhldingen, *1946), der langjährige Geschäftsführer des CDU-nahen Studienzentrums Weikersheim (1982 - 1997. Auch Jebens selbst gehörte der CDU an, die er inzwischen allerdings verlassen hat. Seine politischen Betätigungsfelder findet er nunmehr im Bereich der Vertriebenenorganisationen und der offenen extremen Rechten. Von 1998 bis 2000 arbeitete er als Geschäftsführer der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat in Bonn und 2000/2001 als Geschäftsführer der Ost- und Westpreußenstiftung in Oberschleißheim. Von 2001 bis 2004 war er Vorsitzender der Hans-Filbinger-Stiftung und ist seit 2002 Zweiter Vorsitzender des Preußeninstituts. Er war Vorstandsmitglied der neofaschistischen „Gesellschaft für Freie Publizistik“ und im Vorstand der ebenso ausgerichteten „Deutschen Studiengemeinschaft“. Es ist also wirklich nur ein seriöser Anschein, den Personen wie er dem „Verein Gedächtnisstätte“ verleihen können.

Die Geburtstagsfeier von Hajo Herrmann, bisher letzter Akt einer Reihe einschlägiger Veranstaltungen in Borna, in deren Umfeld es auch schon zu Übergriffen militanter junger Neonazis gegen politische Gegner kam, gestaltete sich folgerichtig zu einem Who-is-Who der extremen Rechten auf dem Areal, das bis 2005 der Lausitzer und

Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH gehört hatte und dann im Zuge einer Versteigerung Anfang 2005 für 90.000 Euro in den Besitz des Meerbuscher Architekten Dr. Ludwig Limmer (*1926), seiner Ehefrau, der Schauspielerin Gisela Limmer von Massow (*1936), und ihres Sohnes Dr. Hans

Christian Limmer (*1964), Inhaber einer Franchise-Kette von Bäckereien („Backwerk“), übergang.



Das Ehepaar Limmer bei der Eröffnungsveranstaltung

Angeblich sollte dort eine Begegnungsstätte für Russlanddeutsche errichtet werden. Dafür sollten, so die damalige Aussage, 250.000 Euro investiert werden, die angeblich von Vertriebenen - zum Teil in Übersee lebend - stammten. Die Monatszeitschrift „Volk auf dem Weg“, Organ der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, einer Gliederung des BdV, berichtete in der Dezember-Ausgabe 2005 über die erste Veranstaltung in der Gedächtnisstätte: *„Zwei Tage lang flatterte die Fahne der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland neben der sächsischen auf einem Mast im Hof des ehemaligen Gebäudes der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft in Borna, einer Kreisstadt in der Nähe von Leipzig. Engagierte Deutsche aus Russland und aus Pommern aus dem ganzen Bundesgebiet kamen dort am letzten Oktober-Wochenende zu einem Kulturforum zusammen. Die Gastgeber Gisela und Ludwig Limmer aus Düsseldorf hatten es möglich gemacht. Das Ehepaar erwarb und sanierte das stattliche Haus, in dem nun auf 200 qm mietfrei eine Begegnungsstätte für Deutsche aus Russland entstehen soll. Für das erste Treffen, das überwiegend Vertreter der Landsmannschaft und anderer russlanddeutscher Vereine sowie russlanddeutsche Künstler, Musiker, Autoren und Geschäftsleute versammelte,*

waren schon im Vorfeld über 100 Anmeldungen eingegangen. Die Zahl der Teilnehmer lag schließlich weit höher.“ An gleicher Stelle wird hervorgehoben: *„Der Bornaer Oberbürgermeister Bernd Schröter war von der Vielfalt und Qualität der präsentierten Ausstellungen und Darbietungen tief beeindruckt: ‚Hier ist etwas im Entstehen, das Borna nur gut tun kann‘, sagte er.“*



Bornas damaliger Oberbürgermeister Bernd Schröter als Ehrengast in der ersten Reihe

Der Segen der Kommunalpolitik schien also gesichert. Auch die Errichtung eines monumentalen Stahlkreuzes auf dem Areal war durch den Bauausschuss des Stadtrates bereits abgesegnet. Die Freude und die Selbstsicherheit währten nicht lange. Im Laufe der Auseinandersetzungen vor Ort ab Anfang Dezember 2005, die durch Recherchen der „Leipziger Volkszeitung“ hervorgerufen worden waren, räumte Ludwig Limmer schließlich ein, Mitglied im „Verein Gedächtnisstätte“ zu sein. Am 6. April 2006 verstarb er. In der Todeskarte der Familie heißt es: *„Ein edler Mensch ist gestorben. Er wollte Gutes tun und in Borna eine Gedächtnisstätte für wehrlose Opfer des Krieges schaffen. Aber unsichtbare Feinde und Angriffe unter dem Deckmantel der Rechtschaffenheit zehrten an seiner Kraft und haben ihm das Herz gebrochen.“* Inzwischen ist Gisela Limmer die alleinige Eigentümerin. Ihr Sohn hat sich zumindest aus dem sichtbaren Teil des Projektes zurückgezogen. Die Furcht vor wirtschaftlichen Nachteilen dürfte, so ist zu vermuten, dabei maßgeblich gewesen sein.

Frank Rennicke, der berühmt-berüchtigte Nazi-Barde, am 9. November 2003 im „Collegium Humanum“ Mitbegründer des „Vereins zur Rehabilitierung des wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“, gestaltete bei der Geburtstagsfeier den Hauptteil dessen, was bei der

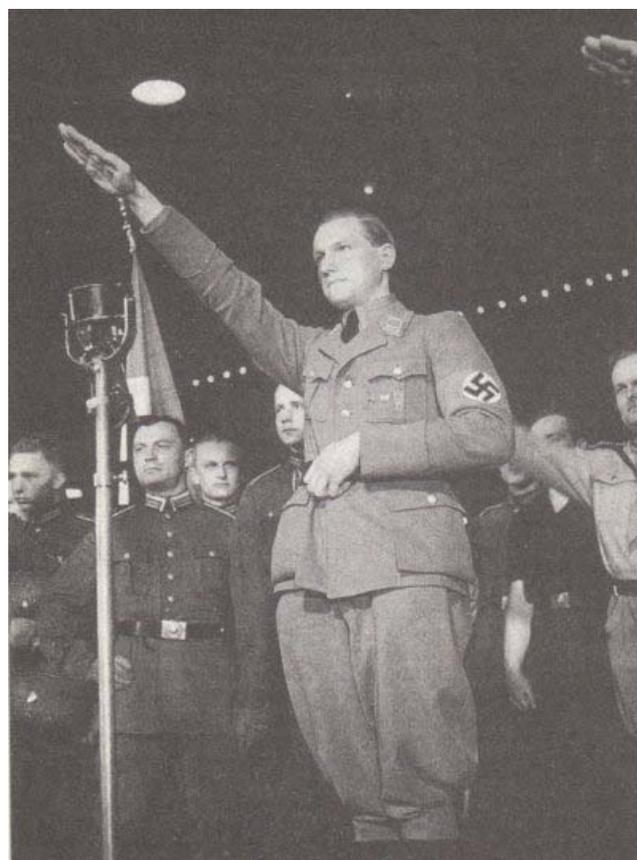
extremen Rechten als Kultur bezeichnet wird. Wem das noch nicht schlimm genug war, der durfte sich anschließend die Volksliedgesänge der Neonazis des Freien Netzes anhören, wie diese nicht ohne Stolz berichten. Noch stolzer allerdings waren diese Neonazis, die leicht die Urgroßsöhne des Jubilars hätten sein können, darüber, dass sie als eine Art Ehrengarde für den Jubilar dienen durften. Auf den ersten Blick hätten sie für uniformiert gehalten werden können, angetreten in weißem Hemd und schwarzer Hose. Der zweite Blick offenbarte, dass wohl noch Lernbedarf besteht. Zwei des braunen Dutzends waren doch glatt in Turnschuhen angetreten. Noch dazu in Turnschuhen einer amerikanischen Marke, vielleicht sogar hergestellt in einem asiatischen Billiglohnland. Da hätten sie doch gleich in Jeans (im Nazijargon: Nietenhosen) aufmarschieren können.



Ursula Haverbeck-Wetzel, bis 1984 Mitglied der Grünen, neben den Funktionären der Grünen, dem Ökobauern Baldur Springmann und dem ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl

Doch sie waren nur das mehr oder weniger schmückende Beiwerk. Wichtiger war natürlich die anwesende Prominenz, die sich in Borna eingefunden hatte. An erster Stelle die Initiatorin des Vereins, Ursula Haverbeck-Wetzel. Gemeinsam mit ihrem Mann, Prof. Werner Georg Haverbeck (*1909), stand sie lange Jahre an der Spitze des Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL) und dessen 1963 gegründeter Heimvolkshochschule, dem „Collegium Humanum“ in Vlotho. Der inzwischen aufgelöste WSL war über Jahre die größte und einflussreichste Umweltschutzorganisation der Bundesrepublik. Sie wurde durch das Ehepaar Haverbeck und andere Vertreter der extremen Rechten, so Prof. Max-Otto Bruker und Ernst-Otto Cohrs, wesentlich geprägt. Auch der 1999 verstorbene Haverbeck wäre eine „Zierde“ der Gästeliste gewesen. Seit 1929 hatte er der Reichsleitung des NS-Studentenbundes angehört, seit 1931 der Reichsleitung der

NSDAP. 1933 wurde er Gründer und Leiter des „Volksbundes Volkstum und Heimat“. Der SS-Untersturmführer Haverbeck, der als Protegé von Rudolf Hess galt, war ab 1942 für die Rundfunkpropaganda der Nazis in Südamerika zuständig. Ursula Haverbeck-Wetzel arbeitete in seinem Sinne weiter. Das von ihr fortgeführte „Collegium Humanum“ diente als Treffpunkt sowohl für die Seminare der intellektuellen europäischen „Neuen“ Rechten wie auch für die NPD und Neonazi-Kameradschaften, zur Durchführung sowohl von Skinhead-Konzerten wie auch von denen rechter Liedermacher. In den letzten Jahren verlagerten sich die Aktivitäten zunehmend in den Bereich der Holocaust-Leugnung.



Werner Georg Haverbeck 1934 auf dem Höhepunkt seines Einflusses als Redner bei einer Massenversammlung der Nazis

So unternahm sie am 30. Juli 2003 eine gemeinsame Fahrt mit einer Gruppe von Holocaust-Leugnern zur Wartburg, wo sie eine Aktion durchführten. Diese sollte ursprünglich im KZ Auschwitz stattfinden, was wegen polizeilicher Maßnahmen misslang. Das Ausweichziel, das KZ Buchenwald bei Weimar, wurde von der Polizei abgesperrt. Es blieb die ebenfalls symbolträchtige Wartburg. Für den 19. August 2003 erhielt sie in Zusammenhang mit einer Selbstanzeigekampagne von Holocaust-Leugnern, die Horst Mahler initiiert hatte, gemeinsam mit diesem, Udo Walendy, Hajo Herrmann und dem Ehepaar Limmer eine Einladung in die Privatwohnung von Günther Kissel, um das weitere Vorgehen bei dieser Kampagne zu beraten. Im November 2003 war sie Initiatorin des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten“ und wurde bei der Gründungsversammlung im „Collegium Humanum“ zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Diese Funktion übte sie zum Zeitpunkt des Vereinsverbots noch immer aus. Am 18. Juni 2004 wurde sie wegen revisionistischer Äußerungen durch das Amtsgericht Bad Oeynhausen zu einer Geldstrafe von 3.600 Euro verurteilt. Gegen das Urteil legte sie erfolglos Berufung ein. Im August 2004 war sie dann Rednerin beim Rudolf Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel. Beide von ihr geleiteten Vereine sind inzwischen vom Bundesinnenminister ebenso verboten worden wie die „Bauernhilfe e.V.“, die vorsorglich als Auffangorganisation gegründet worden war. Für den Fall eines Verbots sollte damit das Vermögen der beiden Vereine vor der Beschlagnahme gerettet werden. Dies missglückte, die personellen Verbindungen waren zu offensichtlich.

Auch an rechter Politprominenz fehlte es nicht. Es waren mehr als die „üblichen Verdächtigen“, die es am 11. August 2008 nach Borna gezogen hatte. Udo Voigt, der Parteivorsitzende der NPD, war höchstpersönlich gekommen. Winfried Petzold (Leipzig), Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender der NPD in Sachsen, hielt für seine Partei ein Grußwort. Dr. Olaf Rose, Geschichtsrevisionist und Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Dresdner Landtag, hielt eine Festrede. Der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey hatte seinen Sohn, den Rechtsanwalt und Buchautor („Polens verschwiegene Schuld“) Gerhard jun. als Vertreter der Partei geschickt. Aus Österreich war Martin Pfeiffer angereist, Chefredakteur der FPÖ-nahen Monatszeitschrift „Aula“, die mehrfach einen Spendenaufruf für die Gedächtnisstätte in Borna veröffentlicht hatte und nach Eigenangaben damit einen „überwältigenden Erfolg“ verzeichnen konnte. Der zum Zeitpunkt des Verbotes amtierende Vorsitzende des VRHBV, der revisionistische Verleger und ehemalige NPD-Landesvorsitzende von NRW, Udo Walendy (Vlotho, *1927), war angereist. Für ihn wird die Anwesenheit Ehrensache gewesen sein, war er doch im Mai 1996 bei einem Prozess vor dem Landgericht Bielefeld wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener in den Heften 1 und 64 seiner Broschürenreihe „Historische Tatsachen“ von Hajo Hermann verteidigt worden. Erfolglos damals. Ebenso in einer Art Ehrenpflicht wird sich Dr. Rigolf Hennig (Verden, *1935) gesehen haben. Der ehemalige Oberstarzt der Bundeswehr war Gründungsmitglied der REPublikaner und radikalisierte sich dann zunehmend. Die rechte Theoriezeitschrift „Nation + Europa“ meldete 2006: *“(Hennig) muss für neun Monate ins Gefängnis. Der Bundesgerichtshof wies jetzt die Revision gegen ein entsprechendes Urteil des Lüneburger Landgerichts zurück. Dem 71jährigen Hennig, der sich früher auch im Südtiroler Freiheitskampf engagiert hat, wird ‚Volksverhetzung‘ und ‚Verunglimpfung des Staates‘ vorgeworfen, weil in einer von ihm herausgegebenen Schrift revisionistische Thesen und herbe Kritik an der Bundesrepublik (‚Mißgeburt‘) zu lesen waren. Eine Bewährung wurde Hennig nicht zugebilligt - wegen seiner Weigerung, zu widerrufen. Der Angeklagte habe sich in der Hauptverhandlung, so das Gericht, ‚uneinsichtig gezeigt‘ und bekundet, ‚bis zum letzten Atemzug für die Wahrheit‘ kämpfen zu wollen. Das müsse besonders hart bestraft werden.”* Wenig später, im September 2006 wurde er für die NPD in den Kreistag und den Stadtrat Verden gewählt. „Uneinsichtig“ zeigt er sich bis heute, dem VRHBV gehörte auch er an.

Doch ob sie nun Grußworte hielten oder lediglich anwesend waren, die meisten Gäste bildeten lediglich die Kulisse für die beiden Hauptpersonen des Abends. Es handelte sich um zwei

Ausländer, die zu der Schar großdeutsch Gesinnter sprechen durften. Der eine bezieht seine Prominenz aus dem Namen des Vaters. Gerard Menuhin ist der Sohn des weltberühmten Geigenvirtuosen Yehudi Menuhin und der Primaballerina Diana Gould. Der 1948 geborene schweizerische Staatsbürger Menuhin ist Filmproduzent von Beruf. Nach dem Tod seiner Mutter Diana im Jahr 2003 äußerte er sich regelmäßig in Periodika der extremen Rechten. Dies ging bis zu dem Punkt, dass er wegen etlicher als rechtsextremistisch eingestufte Äußerungen am 12. November 2005 von der Yehudi-Menuhin-Stiftung Deutschland seines Amtes als Vorsitzender enthoben wurde. Der Geschäftsführer der Stiftung, Winfried Kneip, hatte gegen ihn den Vorwurf einer „ausländerfeindlichen Haltung“ erhoben. Man missbilligte „*die Nennung unserer Stiftung und ihres Wirkens in einem Medienorgan, das [...] dem 'rechtsextremistischen Umfeld' zuzurechnen ist*“. So hatte Gerard Menuhin der „National-Zeitung“ des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey Interviews gegeben und als Autor der Kolumne „Menuhin und wie er die Welt sieht“ regelmäßig seit Dezember 2004 Beiträge geschrieben. Für die DVU trat er seitdem mehrfach als Wahlkampfredner auf. Auch der NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* hatte er ein Interview gegeben. Angesichts der jüdischen Herkunft der Familie und des humanistischen Engagements Yehudi Menuhins war das öffentliche Echo zum erzwungenen Rücktritt Gerard Menuhins im In- und Ausland beträchtlich. Wegen der ultimativen Drohung der Bank Credit Suisse als wichtige Sponsorin die Unterstützung der Stiftung einzustellen, trat Menuhin im Juni 2007 auch als Präsident der Schweizer Menuhin-Stiftung Grenchen zurück. Menuhin konterte in dem in Freys FZ-Verlag erschienenen Buch „Die Antwort“ mit der Enthüllung, dass sein Großvater, Moshe Menuhin, Publizist und Kulturphilosoph aus altem Rabbinergeschlecht, anderthalb Jahrzehnte bis zu seinem Tode 1982 Mitarbeiter der National-Zeitung und mehrere Jahre auch Leiter des kulturpolitischen Ressorts des Blattes gewesen war. Menuhin dient der deutschen extremen Rechten als jüdischer Kronzeuge gegen den Staat Israel und gegen den Vorwurf des Antisemitismus. Seiner Ansicht nach diene der „Antisemitismus als politische Waffe“, so der Titel seines Vortrags bei der Marburger Burschenschaft Germania, gegen all jene, die in Deutschland „nationale Positionen“ vertreten. In einem Umfeld von Geschichtsrevisioisten, die in den Deutschen vor allem Opfer der Geschichte sehen, sind solche Vorstellungen natürlich höchst willkommen. Wenn die Entlastung der Deutschen das gemeinsame Hauptziel von Collegium Humanum, VRBHV und Verein Gedächtnisstätte ist und wenn zugleich der industrielle Massenmord an den europäischen Juden durch Deutsche während der NS-Zeit dem nachhaltig entgegenwirkt, dann sind Juden wie Menuhin, die sich zur Entlastung zur Verfügung stellen, mehr wert als die pseudowissenschaftlichen Gutachten aus den eigenen Reihen, die immer wieder die Existenz der Gaskammern bestreiten.

Bei dem zweiten ausländischen Stargast handelte es sich um Professor Wjatscheslaw Daschitschew, den ehemaligen deutschlandpolitischen Berater des russischen Präsidenten Michail Gorbatschow. Er war direkt aus Schwerin angereist, wo er an der Tagung der Stiftung „Kontinent Europa“ des schwedischen Unternehmers Patrik Brinkmann teilgenommen hatte, deren stellvertretender Vorsitzender er zugleich ist. Weitere Vorstandsmitglieder sind Andreas Molau, Pressesprecher der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, Professor Pierre Vial (Lyon), Vorsitzender der völkischen Organisation „Terre et Peuple“, sowie Enrique Ravallo, Vorsitzender der spanischen Schwesterorganisation von „Terre et Peuple“. Bereits als die Sowjetunion noch existierte, referierte Daschitschew mehrfach beim rechtskonservativen Studienzentrum Weikersheim. Seine offene politische Radikalisierung erfolgte nach einer Gastprofessur in München 1992. Er avancierte zum gefragten Redner im Spektrum der extremen Rechten. Besonders bei den „Erlebniswochenenden Geschichte“ des revisionistischen Sudholt-Verlags trat er immer wieder auf. Seit 2004 gehört er außerdem zu Redaktionsbeirat der Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ des Sudholt-Verlags. 2006, zwei Jahre nachdem Hajo Herrmann diese fragwürdige Ehrung erfahren hatte, erhielt er den Hutten-Preis der Gesellschaft für freie Publizistik. Dem Auftritt Daschitschews kommt in diesen Kreisen sicherlich eine mindestens ebenso große Bedeutung zu wie dem Menuhins. Erstens handelt es sich um einen veritablen Professor, zweitens um einen ehemaligen Berater Gorbatschows, dem in Deutschland zeitweise Kultstatus zukam. Drittens und nicht zuletzt ist er Russe, Angehöriger

jenes Staates, von dem die extreme Rechte hofft, er möge ein wirksames Gegengewicht gegen die verbliebene Supermacht USA bilden, Angehöriger aber auch jenes Staates, der im Zweiten Weltkrieg die meisten Verluste durch die deutschen Nazis erleiden musste. Geht es um Freisprechung von der historischen deutschen Schuld, dann sind Personen wie Daschitschew unverzichtbar.

Hans Georg Hess hätte diese Geburtsfeier sicherlich gerne miterlebt. Zweifellos wäre er auch ein gern gesehener Gast gewesen. Erst im März 2008 war er in der Gedächtnisstätte gewesen und hatte bei einer Veranstaltung zum Thema „Umwidmung und Zerstörung von Soldaten-Ehrenmalen in Deutschland“ gesprochen. Seine damaligen Mitreferenten waren der 2005 zu 7.500 Euro Geldstrafe wegen Verharmlosung des Holocaust verurteilte ehemalige Oberstleutnant der Bundeswehr Walter Held (Traunstein) und der ehemalige SS-Standartenoberjunker Gert Rittner gewesen. Doch am 4. April 2008 war für Hans Georg Hess der Weg seines irdischen Daseins endgültig zu Ende. Der ehemalige U-Boot-Kommandant und Ritterkreuzträger wurde in Wunstorf-Idensen zu Grabe getragen. Noch im Dezember 2007 hatte der promovierte Jurist Strafantrag gegen den ZDF-Journalisten Dr. Guido Knopp gestellt. Er warf diesem vor, in seiner Fernsehdokumentation "Die Wehrmacht - eine Bilanz" das Andenken Verstorbener zu verunglimpfen zu haben. Auch die Tatbestände der Volksverhetzung und der Verleumdung könnten laut Hess erfüllt sein. Er gehe davon aus, dass „*die Zuweisung der alleinigen Kriegsschuld des Deutschen Reiches und seines damaligen Volkes*“ geeignet ist, „*den öffentlichen Frieden zu stören*“. Der Großteil der mehreren hundert Personen zählenden Trauergemeinde wird ihm darin zugestimmt haben. Unter ihnen auch der aktuelle Vorsitzende der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“, Günter Halm, und sein Ordenskamerad Heinz Rökker, die beide im vollen Ordensschmuck erschienen waren. Auch den Geburtstagsgästen Hajo Herrmanns dürfte er damit aus dem Herzen gesprochen haben. Am Abend der Veranstaltung im März 2008 hatte Hess noch in trauter Runde beim Griechen in Borna durch das Lokal getönt: „Die Revolution in Deutschland wird von Borna ausgehen!“ Die wird er nun nicht mehr erleben. Doch auf nicht mehr und nicht weniger hoffen jene, die Borna als Nazizentrum neuen Typs erwählt haben. Sie streben die vollständige Umwälzung der geistigen Grundlagen Nachkriegsdeutschlands an.